

Fraktion **direkt**

56 | 15. April 2016

Zur Lage

Es muss Frieden in Syrien geschaffen werden Menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge sicherstellen

Die Zahl der Flüchtlinge, die unser Land erreichen, ist in den ersten Monaten des Jahres stark zurückgegangen. Vor allem versuchen immer weniger Menschen, auf dem gefährlichen Seeweg über die Ägäis von der Türkei nach Europa zu gelangen.

Die Bundeskanzlerin hat sich in den vergangenen Monaten bemüht, in zähen Verhandlungen Europa in der Flüchtlingsfrage zusammenzuhalten. Sie hat unermüdlich daran gearbeitet, ein funktionierendes Abkommen der EU mit der Türkei über den Umgang mit den Flüchtlingen zustande zu bringen. Die Zeichen mehren sich, dass Angela Merkel Erfolg gehabt hat.

Die Herausforderungen sind damit aber nur im Ansatz bewältigt. Natürlich war es wichtig, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Hätte sich der Zuzug auf dem Niveau des Herbstes 2015 verstetigt, wäre auch unser Land über kurz oder lang überfordert gewesen. Deshalb sind wir daran interessiert, dass das Abkommen mit der Türkei langfristig hält.

„Deutschland handelt im Sinne seiner humanitären Verantwortung“

Deutschland hat im Sinne seiner humanitären Verantwortung gehandelt. Diese Verpflichtung besteht aber fort. Es gibt immer noch genügend Menschen, die unsere Hilfe brauchen. In der vergangenen Woche habe ich im Libanon eine Flüchtlingssiedlung besucht. Die Syrer, die aus ihrer Heimat geflohen sind, leben dort in bitterster Armut. Die Staatengemeinschaft hat nun rund elf Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge in der Krisenregion selbst zur Verfügung gestellt. Das ist eine Menge Geld. Auch die Fraktion muss in den nächsten Monaten ein Auge darauf haben, dass dieses Geld bei den Notleidenden ankommt.



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das gilt ebenso für die Mittel, die die EU der Türkei zur Verfügung stellt.

Europa bekennt sich zu den christlich-abendländischen Werten. Das bedeutet natürlich auch, dass in den Registrierungscentren in Griechenland, in denen die Anträge der auch jetzt noch eintreffenden Flüchtlinge geprüft werden, menschenwürdige Verhältnisse herrschen müssen.

Und letztlich muss sich Europa – auch das ist ein humanitärer Imperativ – für einen dauerhaften Frieden in Syrien engagieren. Wahrscheinlich ist zunächst einmal eine Verständigung der großen Player USA, Russland und Europa darüber notwendig, wohin man will. Nur so ließe sich genügend Druck auf die vielen Konfliktparteien aufbauen, damit sie endlich in eine Friedenslösung einwilligen.

Volker Kauder

Inhalt

Es muss Frieden in Syrien geschaffen werden	1
Konsequent gegen Steuerhinterziehung	2
Koalition einigt sich auf Integrationsgesetz	3
Transparenz ist der Schlüssel	4
Die USA und Europa vertreten dieselben Werte	5
Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten	6
Christen in Flüchtlingsheimen besser schützen	7
Die bäuerliche Landwirtschaft erhalten	8
Syrien braucht Frieden	9

Kommentar

Konsequent gegen Steuerhinterziehung

Deutschland hat längst gehandelt



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor knapp zwei Wochen haben Journalisten die sogenannten Panama-Papiere veröffentlicht. Über ein Datenleck wurden die Geschäfte von 214.000 Briefkastenfirmen in internationalen Steueroasen offen gelegt. Das Thema Steuerhinterziehung ist dadurch wieder massiv in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kann die Aufmerksamkeit nun politisch nutzen, um seinen Weg im Vorgehen gegen Geldwäsche und Steuermisbrauch weiterzugehen. Neu sind diese Probleme nicht. Vor allem ist die Verweigerungshaltung vieler Staaten wie Panama kein Verschulden der Bundesregierung. Der Bundesfinanzminister hat bereits in der vergangenen und laufenden Legislaturperiode 44 Gesetze gegen den steuerlichen Missbrauch auf den Weg gebracht. Zudem hat Wolfgang Schäuble verschiedene internationale Initiativen aktiv vorangetrieben, die teilweise noch in der Umsetzung sind.

Um Steuerhinterziehung effektiver aufdecken zu können, ist 2014 auf der Berliner Steuerkonferenz der automatische Informationsaustausch vereinbart worden. Mittlerweile haben rund 100 Staaten das entsprechende Ab-

kommen gezeichnet – und es sollen noch mehr werden. Deutschland hat längst die innerstaatlichen Voraussetzungen geschaffen. Der erste automatische Informationsaustausch von Daten wird im September 2017 erfolgen.

Im Rahmen der BEPS-Initiative (Base Erosion and Profit Shifting) der OECD, die Deutschland maßgeblich vorangebracht hat, werden die beteiligten Staaten neue Standards verankern, um gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Die nationale Umsetzung in Deutschland ist noch in diesem Jahr vorgesehen. Ebenfalls noch für 2016 ist die Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie in Deutschland geplant. Unter anderem werden wir ein Transparenzregister schaffen, wonach Unternehmen angemessene, richtige und aktuelle Informationen über die hinter ihnen stehenden wirtschaftlich Berechtigten dem Register melden müssen. Neben staatlichen Stellen sollen auch sonstige Personen und Organisationen bei berechtigtem Interesse Zugang dazu haben.

Der Bundesfinanzminister hat zudem zu Beginn dieser Woche – in Reaktion auf die sogenannten Panama-Papiere – einen Zehn-Punkte-Plan für ein faires internationales Steuersystem und effektives Vorgehen gegen Geldwäsche vorgelegt. Mit diesem Plan setzen wir den bisherigen Weg, mehr Transparenz zu schaffen, konsequent fort. Wichtig wäre, die verschiedenen nationalen und internationalen „Schwarzen Listen“ zu vereinheitlichen. Zudem müssen die nationalen Transparenzregister miteinander vernetzt werden. Mit anderen Worten: Deutschland wird nicht nachlassen in seinem Ziel, Steuerhinterziehung aufzudecken und Steueroasen umfassend auszutrocknen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Koalition einigt sich auf Integrationsgesetz

Flüchtlinge integrieren nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ – Maßnahmenkatalog zur Terrorismusbekämpfung vereinbart

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird es ein Integrationsgesetz geben. Darauf einigten sich die Koalitionsspitzen nach mehrstündigen Beratungen am Mittwochabend. Laut dem vereinbarten Eckpunktepapier ist es Ziel des Gesetzes, die Hunderttausende nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge gemäß dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ zu integrieren. Darüber hinaus listete der Koalitionsausschuss eine Reihe notwendiger Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auf.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte bei der Vorstellung der Verhandlungsergebnisse am Donnerstag, es seien „wesentliche Projekte“ auf den Weg gebracht worden. Sie hob hervor, dass Deutschland in Sachen Integration vor eine doppelte Aufgabe gestellt sei: zum einen die Flüchtlingsbewegung zu ordnen und zu steuern, zum anderen die Menschen zu integrieren. Ziel des geplanten Gesetzes ist es laut Eckpunktepapier, „die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zu fördern und zugleich von ihnen Eigenbemühungen einzufordern“. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sprach von einem sehr umfangreichen Angebot, das man den zugewanderten Menschen mache. Es eröffne die Chance, dass „wir von einem Land der gelingenden Integration werden reden können“.

Zu den Integrationsangeboten von Seiten des Bundes gehören laut Eckpunktepapier Sprachkurse und je nach Bleibeperspektive abgestufte Hilfsangebote zur Berufsausbildung. Auch ein Arbeitsmarktprogramm mit niedrighwelligen Angeboten ist vorgesehen. Flüchtlingen und Asylbewerbern, die Integrationskurse ohne wichtigen Grund abbrechen, werden Leistungen gekürzt. Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis soll Flüchtlingen nur noch dann erteilt werden,



Foto: picture alliance / dpa

Kanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer stellen Ergebnisse des Koalitionsausschusses vor

wenn sie sich aktiv um Integration bemühen. Spracherwerb hält die Koalition auch bei einem vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland für erforderlich. Die Koalition geht zudem davon aus, dass Berufserfahrung, Qualifizierung und Bildung aus der Zeit in Deutschland auch Perspektiven im Herkunftsland eröffnen können.

Rechtssicherheit soll geschaffen werden für die Zeit während einer Ausbildung und unmittelbar danach. So sollen Auszubildende für die Gesamtdauer der Lehre eine Duldung erhalten. Sie kann für zwei Jahre verlängert werden, wenn die Betroffenen nach erfolgreichem Abschluss der Lehre eine Arbeit haben, oder um sechs Monate, wenn sie noch eine suchen. Um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, soll die Vorrangprüfung – also die Prüfung, ob kein Deutscher oder Europäer für den Job in Frage käme – für drei Jahre abgeschafft werden. Damit sich in einzelnen Städten oder Stadtvierteln keine sozialen Brennpunkte oder

Ghettos bilden, sollen Asylbewerber, die nicht selbst ihren Lebensunterhalt verdienen, Wohnsitze zugewiesen bekommen. Darüber will die Koalition noch mit den Bundesländern sprechen.

Mehr Personal und Mittel für die Sicherheitsbehörden

Der Maßnahmenkatalog zur Terrorismusbekämpfung umfasst unter anderem mehr Personal und Mittel für die Bundessicherheitsbehörden sowie den Einsatz von verdeckten Ermittlern bereits bei der Gefahrenabwehr – und nicht erst bei der Strafverfolgung. Provider und Händler sollen künftig verpflichtet werden, die Identität von Kunden festzustellen, die Prepaid-Karten für Handys kaufen. Unternehmen der Internetwirtschaft sollen sich freiwillig verpflichten, gegen Terrorpropaganda in ihren Netzwerken vorzugehen. Auch diesen Beschluss nannte Merkel einen „großen Fortschritt“.

Transparenz ist der Schlüssel

Schärfere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche – Aktuelle Stunde zur Affäre um die „Panama Papers“

Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch schärfere Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene gefordert. Nach der Aufdeckung hunderttausender anonymer Briefkastenfirmen in Panama hatten die Koalitionsfraktionen eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt. Der CSU-Finanzexperte Hans Michelbach nannte die Praxis in Panama inakzeptabel, verwerflich und asozial. Sie schädige das Gemeinwesen weltweit. Man müsse die Affäre aber als „Chance sehen, um den Druck auf die Steueroasen noch weiter zu erhöhen“.

ohne nachfragen zu müssen, darüber informiert werden, welche Konten ein deutscher Steuerpflichtiger im Ausland unterhält.

Automatischen Informationsaustausch ausdehnen

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warb im Bundestag dafür, diesen automatischen Informationsaustausch auf die noch verbleibenden hundert Länder auszudehnen. Diejenigen Staaten, die nicht mitmachen wollten, werde man auf eine schwarze Liste setzen. Mit ihnen werde man künftig bestimmte Finanzgeschäfte

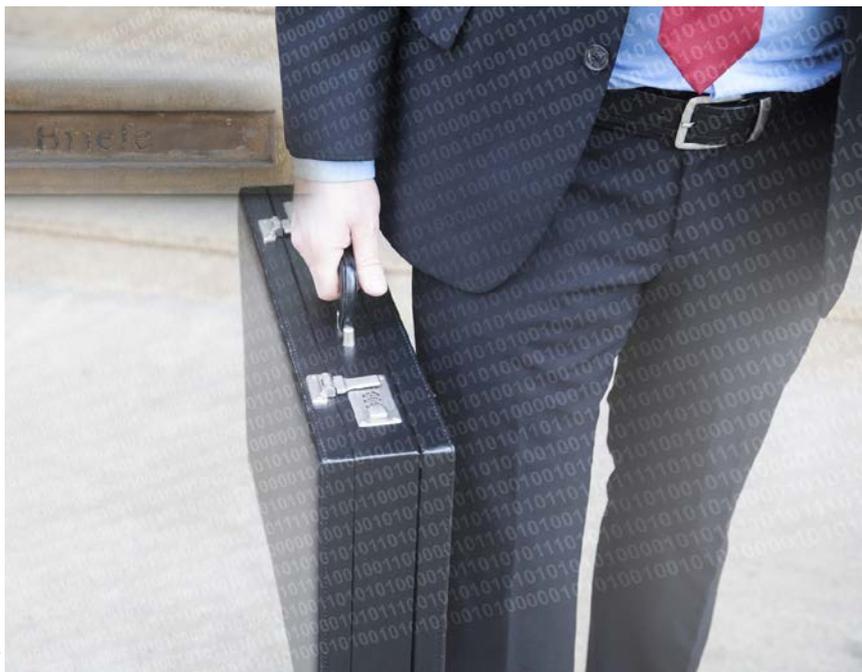
manchmal „zum Verrücktwerden mühsam“. Auch Michelbach sagte, man müsse dicke Bretter bohren.

„Man kann uns nicht Tatenlosigkeit vorwerfen“

Michelbach verwies darauf, dass die unionsgeführten Bundesregierungen unter Angela Merkel seit Beginn der weltweiten Finanzkrise 2008/09 bereits über 40 Maßnahmen umgesetzt haben, die eine starke Regulierung weltweit vorsehen. „Man kann uns nicht Tatenlosigkeit vorwerfen“, sagte der CSU-Abgeordnete. Allerdings sei das noch längst nicht das Ende der Bemühungen.

Auf die jüngsten Enthüllungen hatte Finanzminister Schäuble sofort mit einem Zehn-Punkte-Plan reagiert. Zu dem Maßnahmenpaket gehört unter anderem ein Transparenz-Register, in dem die wahren Eigentümer von Firmen aufgelistet werden. Middelberg sagte, der Plan sei die konsequente Fortschreibung dessen, was die Koalition bereits auf die Bahn gebracht habe. Der CDU-Abgeordnete erinnerte daran, dass zum Gesamtbild auch der Kampf gegen legale Steuervermeidungspraxen multinationaler Konzerne auf EU-Ebene gehöre.

Ein internationales Recherchenetzwerk hatte in der vergangenen Woche aufgedeckt, dass die panamaische Kanzlei Mossack Fonseca für Politiker und Prominente über hunderttausende Briefkastenfirmen in Steueroasen weltweit eingerichtet hatte. Die Gründung einer Briefkastenfirma per se ist nicht illegal. Weil sich damit jedoch die wahren Eigentümer eines Unternehmens verschleiern lassen, liegt nahe, dass über diese Firmen Steuern hinterzogen und Gelder aus dubiosen Geschäften gewaschen werden sollen.



© sp4764 - Fotolia.com

Schlüssel zur Eindämmung der Steueroasen sei die Transparenz, sagte der CSU-Abgeordnete. Er bezog sich dabei in erster Linie auf ein Abkommen zum automatischen Austausch von Steuerinformationen, dem sich bisher rund hundert Staaten angeschlossen haben und das 2017 in Kraft treten soll. Der CDU-Abgeordnete Mathias Middelberg sieht es als einen grundlegenden Schritt an, dass die deutschen Finanzbehörden künftig,

nicht mehr abschließen. Auch Middelberg forderte, Steueroasen wie Panama oder die Jungferninseln müssten künftig politisch isoliert werden.

Schäuble erinnerte daran, dass in Zeiten globaler Finanzströme nationale Alleingänge keine Wirkung mehr erzielen. Nur auf internationaler Ebene könne man gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche wirksam vorgehen. Internationale Vereinbarungen hinzubekommen sei aber

Die USA und Europa vertreten dieselben Werte

Jürgen Hardt über die transatlantischen Beziehungen – Kampf gegen islamistischen Terror wichtigste sicherheitspolitische Aufgabe



Foto: Katja-Julia Fischer

Jürgen Hardt

Außenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

US-Präsident Barack Obama kommt Ende April zum fünften Mal nach Deutschland. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wird er die Hannover-Messe eröffnen – die weltweit größte Industriemesse, deren Partnerland die USA in diesem Jahr sind. Der Bundestag verabschiedete am Freitag aus diesem Anlass einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt.

Herr Hardt, Präsident Obama will in Hannover wohl auch das geplante Handelsabkommen zwischen den USA und der EU vorantreiben. Kann TTIP noch in seiner Amtszeit abgeschlossen werden?

Hardt: Sowohl US-Präsident Obama als auch Bundeskanzlerin Merkel haben mehrfach die enormen Chancen des TTIP-Abkommens betont und wollen es möglichst bald abschließen. Gleichwohl liegt es auf der Hand, dass die Verhandlungen kom-

plex sind. Ich halte eine Vereinbarung über alle wesentlichen Punkte noch während der Obama-Administration für möglich. Der formale Ratifizierungsprozess wird aber dann noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Europaparlament, der US-Kongress und die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten müssen ja zustimmen.

Warum ist TTIP für beide Seiten so wichtig?

Hardt: Wir repräsentieren zusammen etwa die Hälfte der Weltwirtschaft und des Welthandels. Zur Liberalisierung des Handels wollen wir nicht nur Zölle abbauen, sondern auch andere Handelshemmnisse überwinden. Dann entsteht neue Dynamik für Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks. Indem wir gleichzeitig unsere hohen Standards bei Produktqualität, Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz uneingeschränkt erhalten und weiterentwickeln, definieren wir den Maßstab für fairen Handel im 21. Jahrhundert. Daran wird niemand aus Asien oder Südamerika vorbeikommen. Gerade kleine, mittlere und familiengeführte Unternehmen, von denen es in Deutschland viele gibt, werden von den Handelserleichterungen profitieren. Denn anders als Großunternehmen fällt es ihnen schwerer, mit ihren Produkten unterschiedliche Standards dies und jenseits des Atlantiks zu erfüllen.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind die USA für Europa und Deutschland der wichtigste Partner. Wie können beide Seiten den islamistischen Terrorismus bezwingen?

Hardt: Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ist die wichtigste Aufgabe für die gemeinsame Außen-

und Sicherheitspolitik. Dieser Terrorismus zielt auf unser westliches Wertesystem. Niemand anderes als die transatlantischen Partner können diese Werte besser vertreten. Dass so viele Menschen Zuflucht bei uns suchen, ist auch Ausdruck der Attraktivität unseres Gesellschaftsmodells.

Hat die neue konfrontative Haltung Russlands die transatlantischen Partner in der NATO zusammengeschweißt?

Hardt: Die aggressive Haltung Russlands zeigt uns, dass der Hauptpfeiler des NATO-Bündnisses – die kollektive Verteidigung – uneingeschränkte Bedeutung genießt. Der Konflikt mit Russland muss aber politisch überwunden werden. Wenn es stimmt, dass die Konfrontation mit dem Westen dem russischen Präsidenten vor allem dazu dient, von innen- und wirtschaftspolitischen Defiziten abzulenken, wird es noch lange dauern, die Konflikte beizulegen.

Die Abhöraffaire um den US-Geheimdienst NSA hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den vergangenen beiden Jahren belastet. Sind die Differenzen ausgeräumt?

Hardt: Zum einen zeigt die Terrorbedrohung, dass die enge Zusammenarbeit auch der Geheimdienste für unsere Sicherheit unerlässlich ist. Zum anderen führen wir einen Dialog darüber, welches die richtige Balance zwischen dem Schutz persönlicher Daten und dem legitimen Sicherheitsinteresse von Staaten ist. Wir werden die USA nicht dazu bringen, unsere Positionen einzunehmen. Wir wünschen uns aber, dass deutsche und europäische Staatsbürger in den USA das gleiche Datenschutzniveau genießen wie US-Staatsbürger.

Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten

Algerien, Tunesien und Marokko hinzunehmen

Die Wirkung der Maßnahme ist statistisch belegt: Seit die Staaten des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden, sank die Zahl der Asylbewerber von dort drastisch. Nun sollen nach dem Willen der Koalition auch die Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Der Bundestag beriet über das Vorhaben am Donnerstag in erster Lesung. Bedenken kommen allerdings noch von rot-grüner Seite aus dem Bundesrat.

Auf Drängen der Unionsfraktion wurden 2014 zunächst die Westbalkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Im Herbst 2015 folgten Albanien, Montenegro und das Kosovo. Die Abschreckungswirkung ist eindeutig. Seit sie kaum noch Aussicht auf einen Schutzstatus in Deutschland haben, kommen nur noch vereinzelt Asylbewerber aus diesen Ländern. Angesichts der seit Ende 2015 ansteigenden Migrantenzahlen aus Algerien, Tunesien und Marokko beschloss die Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD im November den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten auch auf diese Länder auszuweiten.

SPD und Grüne verzögern Vorhaben

Seitdem verzögerte aber der Koalitionspartner SPD die Einbringung des Gesetzesvorhabens in den Bundestag. Im Bundesrat haben rot und grün regierte Länder Zweifel angemeldet und eine Altfallregelung für langjährige Asylverfahren gefordert. Die Unionsfraktion schätzt die Möglichkeit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch eine Altfallregelung zu entlasten, aufgrund der niedrigen Zahl der Betroffenen als gering ein. Weitere Vorschläge des Bundesrates berät derzeit eine Arbeitsgruppe der Landesjustizministerkonferenz.

Die Union hat mit der Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten auf den Maghreb auch im Blick, dass



Foto: picture alliance / dpa

Erste Flüchtlinge werden von Griechenland in die Türkei zurückgeführt

sich die Flüchtlingswege von der nunmehr geschlossenen Balkan-Route auf das westliche Mittelmeer zurückverlagern könnten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière gelang es auf einer Reise in die betreffenden Länder Anfang März 2016, die Maghreb-Staaten zur Kooperation bei der Rücknahme von Migranten zu bewegen.

Der Gesetzgeber kann ein Land als

sicheren Herkunftsstaat einordnen, wenn das dortige System keine staatliche Verfolgung befürchten lässt und Menschen vor nichtstaatlicher Verfolgung schützt. Die Asylverfahren können dann beschleunigt durchgeführt werden.

Gleichwohl durchlaufen auch Personen aus sicheren Herkunftsländern ein individuelles Asylverfahren.

Erste Flüchtlinge in die Türkei zurückgeführt

Flüchtlinge, die auf illegalem Weg von der Türkei nach Griechenland einreisen, werden seit dem 4. April wieder zurückgebracht. Damit setzen die Europäische Union und die Türkei ihr Abkommen vom 18. März konsequent um. Auch die zweite Komponente der Vereinbarung kommt bereits zum Tragen: So wurden im Gegenzug die ersten syrischen Flüchtlinge von der Türkei nach Deutschland ausgeflogen. Die Abschreckungswirkung des Paktes lässt sich bereits an den Zahlen ablesen. Auch wenn sich noch immer Flüchtlinge mit Hilfe von Schleppern auf den gefährlichen Weg über die Ägäis machen, so ist ihre Zahl im Vergleich zu den ersten beiden Monaten des Jahres doch gesunken.

Um den Flüchtlingspakt zwischen Brüssel und Ankara umzusetzen, treffen nach und nach immer mehr Asylbeamte und Dolmetscher aus anderen EU-Staaten in Griechenland ein, eine Vielzahl auch aus Deutschland. Somit können die Asylanträge der Flüchtlinge, die seit dem 18. März in Griechenland gestrandet sind, schneller bearbeitet werden. Flüchtlinge werden nur dann in die Türkei zurückgeschickt, wenn ihnen dort keine Verfolgung droht. Die Türkei kann für jeden zurückgenommenen syrischen Flüchtling einen anderen im Rahmen einer Kontingentlösung in die EU schicken.

Auch unabhängig von dem Abkommen sinkt die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière verkündete. Während im Januar noch 90.000 und im Februar noch 60.000 Asylsuchende in den Erstaufnahmeeinrichtungen registriert wurden, seien es im März nur noch gut 20.000 gewesen. Derzeit erfasst die Bundespolizei laut de Maizière an den deutschen Grenzen im Tagesdurchschnitt nur noch deutlich unter 200 Personen.

Christen in Flüchtlingsheimen besser schützen

Experten fordern kleinere Unterkünfte und mehr Personal



Foto: Steven Rösler

Der Vorsitzende des Stephanuskreises, Heribert Hirte, und Gerit Probst von der AWO

In den letzten Wochen haben sich Berichte über Mobbing und Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingseinrichtungen gemehrt. Die Vorwürfe reichen von verbaler Einschüchterung über zerstörte Kultgegenstände bis hin zu gewaltsamen Übergriffen. Für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag steht fest, dass diese Übergriffe in keinem Fall hinnehmbar sind. Im Rahmen eines Fachgesprächs diskutierte die Fraktion mit Vertretern von Kirchen, Flüchtlingseinrichtungen, Polizei und muslimischen Verbänden über das Ausmaß der Probleme sowie über geeignete Lösungswege.

Unklar blieb allerdings, wie groß der Umfang von Beleidigungen, Übergriffen oder Gewalt überhaupt ist. Der freikirchliche Berliner Pfarrer Gottfried Martens, der viele christliche Flüchtlinge betreut, wies auf eine Umfrage in seiner Gemeinde hin, der zufolge es dort 200 Fälle gegeben hat. Der Leiter der Zentralstelle Prävention beim Landeskriminalamt Berlin, Wolfram Pemp, sagte dagegen, die Zahlen seiner Statistik deckten sich

damit nicht. Auch der Berliner Erzbischof Heiner Koch betonte: „Ein Massenphänomen ist es nicht.“

Solide Zahlengrundlagen fehlen bislang. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder wies darauf hin, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière zugesichert habe, solche Straftaten künftig in einer Sonderkategorie religiös motivierter Delikte bei der politisch motivierten Kriminalität zu erfassen.

„Wir müssen die Religionsfreiheit durchsetzen“

Kauder hat sich bereits mehrfach klar gegen eine getrennte Unterbringung von Christen in Flüchtlingsunterkünften ausgesprochen. „In einem Land, in dem Religionsfreiheit herrscht, ist dies nicht der richtige Weg. Wir müssen die Religionsfreiheit durchsetzen.“ Allerdings kann sich der Fraktionsvorsitzende vorstel-

len, Gruppen von Christen gezielter auf Flüchtlingsheime zu verteilen. Eine größere Gruppe habe es leichter, ihre Interessen zu verteidigen. „40 zu 200 ist anders als nur vier zu 200“, sagte er.

Mehr gemischte Teams

Der Vorsitzende des Stephanuskreises, Heribert Hirte, forderte, künftig größeren Wert auf gemischte Teams bei den Sicherheitskräften zu legen. Sie sollten aus Männern und Frauen, Christen und Muslimen, Arabern und Europäern bestehen. Polizist Pemp wies allerdings darauf hin, dass die Sicherheitsfirmen jetzt schon händeringend Personal suchten. Eine spezifische Auswahl sei also schwierig.

Der katholische Erzbischof Koch schlug vor, bei den Ursachen von Konflikten in Unterkünften anzusetzen. Notwendig seien soziale Betreuung, eine angemessene Ausstattung der Unterkünfte und klare Hausregeln. Zudem regte Koch an, die Unterkünfte zu verkleinern. „Wir müssen weg von den Turnhallen“, sagte er. Die Unterbringung großer Menschenmengen in Gebäuden ohne ausreichende Privatsphäre befördere Aggressionen. Dies bestätigte die Ehrenamtskoordinatorin der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gerit Probst. Sie forderte zudem mehr Sozialbetreuer und mehr Fachpersonal zur Gewaltprävention.

Muslimische Verbände wollen Teil der Lösung sein

Ender Cetin, Geschäftsführer der Sehitiik-Moschee am Berliner Columbiadamm, sieht muslimische Verbände und Moscheegemeinden nicht als „Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung“ an, wenn es um die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen geht. Gerade junge Muslime in seiner Gemeinde wollten Brücken bauen und muslimische Flüchtlinge über deutsche Werte und das Grundgesetz aufklären.

Die bäuerliche Landwirtschaft erhalten

Unionskongress über die Produktion von Lebensmitteln und die gewandelte Einstellung zur Ernährung

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland ist schwierig: Viele Familienbetriebe stecken in der Krise, Bauern kämpfen um ihre Existenz. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch in Berlin einen großen Landwirtschaftskongress mit Politikern und Experten. Doch nicht nur die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland stand zur Debatte, auch die gewandelte Einstellung der Menschen zu ihrer Ernährung und der Herstellung ihrer Lebensmittel. Klar wurde: Es braucht eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Standards, Akzeptanz und Verbrauchervertrauen.

Die Landwirtschaft befinde sich in einem Transformationsprozess, den man proaktiv angehen müsse, sagte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp. „Wir müssen bereit sein, alte Strukturen in Frage zu stellen“, forderte er. Diese Auffassung vertrat auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder.

Kauder wies zudem darauf hin, dass sich die Menschen zu Recht mit der Frage nach einer gesunden Ernährung auseinandersetzen. Viele wollten wissen: „Wie entstehen Lebensmittel, und was ist drin in diesen Lebensmitteln?“ Kauder ging auch auf Kritik an Produktionsmethoden ein, etwa das umstrittene Kükenschedern. „Da haben wir ein Problem, mit dem wir uns befassen müssen“, räumte der Fraktionschef ein. Damit sich die entsprechenden Industrien nicht ins europäische Ausland verlagerten, werde eine gesamteuropäische Lö-



Foto: Steven Rösler

Der Vorsitzende der AG Landwirtschaft, Franz-Josef Holzenkamp, auf dem Podium

sung gebraucht. Denn: „Wir wollen, dass Familienbetriebe auch in Zukunft erhalten bleiben, dass junge Leute nach wie vor Landwirte werden.“

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit einzelnen, skandalträchtigen Produktionsabläufen forderte auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. Er machte deutlich, dass landwirtschaftliche Zusammenhänge auf politischer Ebene bisweilen ressortübergreifend betrachtet werden müssten. Die Initiative Tierwohl bezeichnete Schmidt als einen ersten richtigen Ansatz.

Preisverfall für Milch bekämpfen

Mit Blick auf die angespannte Situation an einigen landwirtschaftlichen Absatzmärkten, besonders den Verfall der Milchpreise, forderte der Minister eine europäische Lösung. Denn auf nationalstaatlicher Ebene könnten keine Milchquoten festgelegt werden. Sein Wunsch: „Es wäre schön, wenn

der Milchpreis bei 37 Cent und nicht bei 27 Cent läge.“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann schlug ein zweites europäisches Hilfspaket vor, um die Liquidität der Bauern zu verbessern. Als weitere mögliche Maßnahme nannte sie eine dauerhafte Anhebung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, wie sie unter anderem der Deutsche Bauernverband fordert. Daneben sei auch an steuerliche Maßnahmen zu denken. Klar sei jedenfalls, dass der Agrarmarkt schnell stabilisiert werden müsse, sagte Connemann.

Jenseits der aktuellen Probleme war es Landwirtschaftsminister Christian Schmidt wichtig zu verdeutlichen, welchen Stellenwert die Landwirtschaft in Deutschland für die Unionsfraktion hat. Sie sei „nicht die abgeleitete Funktion der Umweltpolitik“, sondern in erster Linie „Ökonomie und Nahrungsmittelproduzent“. Daher habe die landwirtschaftliche Produktion nach wie vor Priorität.

Syrien braucht Frieden

Kauder besucht Libanon und Ägypten

Die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den Auffanglagern der Region hat sich in jüngster Zeit leicht verbessert, ist aber nach wie vor bedrückend. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder besuchte in der vergangenen Woche das Flüchtlingslager Taanayel im Libanon, um sich ein Bild von der Lage der Menschen dort zu machen. Er traf sich auch mit libanesischen Spitzenpolitikern und dem geistlichen Oberhaupt der Maroniten. Zuvor hatte Kauder Ägypten besucht.

Nach Gesprächen mit Vertretern des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) im Libanon stellte der Fraktionschef fest, dass in den Flüchtlingslagern der Region nun zumindest die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Wasser sichergestellt ist. Er äußerte die Hoffnung, dass auch die medizinische Versorgung in absehbarer Zeit verbessert werde. Außerdem sollten die Menschen arbeiten dürfen, um sich selbst versorgen zu können.

In politischer Hinsicht forderte Kauder „mit Hochdruck“ eine Friedenslösung für Syrien. In diesem Zusammenhang mahnte er auch ein stärkeres Engagement Europas und der USA an. Erst wenn es Frieden in Syrien gebe, könnten sich die Menschen in den Flüchtlingslagern zurück auf den Weg in die Heimat machen. Allein der Libanon hat – bei vier Millionen Einwohnern – eine Million Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Dabei ist das Land selbst politisch fragil. Die politischen Verhältnisse müssten rasch geordnet werden, forderte Kauder.



Foto: Ulrich Scharfack

Volker Kauder im Flüchtlingslager Taanayel im Libanon

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|----------------|--|
| 25. April 2016 | Kongress E-Health – Die digitale Kommunikation im Gesundheitswesen |
| 27. April 2016 | Zukunftskongress Deutschland 2050 |
| 09. Mai 2016 | Kongress 125 Jahre „Rerum Novarum“ |

Libysche Einheitsregierung unterstützen

In Kairo sprach Kauder mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi unter anderem über die Lage in Libyen, wo eine Regierung der nationalen Einheit dabei ist, ihren Einfluss in der Hauptstadt Tripolis geltend zu machen. Ägypten sei bereit, diese Regierung und ihr Militär zu unterstützen, versicherte al-Sisi dem Unionsfraktionschef. Dieser wiederum stellte die Hilfe Deutschlands bei der Sicherung der ägyptisch-libyschen Grenze in Aussicht. „Ägypten ist ge-

nauso wie Europa durch den islamistischen Terrorismus akut bedroht, der leider auch in Libyen Fuß gefasst hat“, sagte Kauder. Diesen Terrorismus zu besiegen, sei das gemeinsame Interesse Europas und Ägyptens.

Kauder betonte, man müsse jede Gelegenheit nutzen, sich mit führenden Politikern Nordafrikas und des arabischen Raumes intensiv auszutauschen. „Ein enger Dialog ist notwendiger denn je“, sagte er. In Kairo traf er auch mit Abgeordneten des neu gewählten Parlaments zusammen. Das Parlament solle sich als Anwalt der Freiheitsrechte verstehen, regte er an.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt